

Expressis verbis

»Die Forschung an menschlichen Embryonen und die Schaffung von embryonalen Stammzellen setzt voraus, dass menschliche Embryonen getötet werden. (...) Aus meiner Sicht spielt es auch keine Rolle ob diese Menschen überzählig sind. (...) Es ist doch nicht die Frage, wie ein Mensch entsteht – übrigens auch nicht, wenn das Klonen funktionieren würde –, sondern ob ein Mensch entstanden ist. Und wenn er Mensch ist, dann hat er die volle Menschenwürde. Das ist Verfassungsgrundsatz, so steht es in den Gerichtsurteilen des Bundesverfassungsgerichts. Da, wo menschliches Leben existiert, kommt ihm Menschenwürde zu.«

Der Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe (CDU) bei der Debatte im Deutschen Bundestag (1. Lesung der Gesetzentwürfe einer mögl. Novellierung des Stammzellgesetzes) am 14.02.2008

»Selbst die Forscherinnen und Forscher, die heute dankbar wären, wenn es eine einmalige Verschiebung gäbe, sagen Ihnen ganz deutlich, dass sie sich damit nicht zufrieden geben. Sie sagen heute schon, sie brauchen weitere Verschiebungen. Wenn sie mit ihnen unter vier Augen reden, sagen sie: Wir wollen überhaupt kein Stammzellgesetz, wir wollen die Freigabe aller Stammzelllinien, wir wollen sie im Lande selber herstellen.«

Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) in derselben Debatte

»Auch wenn ich persönlich bei der Grundsatzentscheidung 2002 gegen den Import gestimmt habe, so habe ich den Kompromiss, das Stammzellgesetz, im April 2002 mitgetragen, und zwar aus guter Überzeugung. Er ist möglicherweise ein ethisch nicht hundertprozentig konsequenter Kompromiss (...), aber er war ein guter politischer und ein guter gesellschaftlicher Kompromiss.«

René Röspel (SPD) bei gleicher Gelegenheit

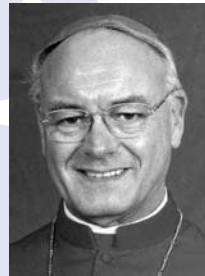
»Der Umstand, dass aus Deutschland kein Anreiz zur Etablierung neuer Zelllinien gegeben werden sollte, hat entgegen der erklärten Absicht der damaligen Befürworter nämlich nicht dazu geführt, dass weltweit weniger Stammzelllinien entstanden sind.«

Ulrike Flach (FDP) am selben Ort

Tops & Flops



Der Fuldaer Bischof **Heinz Josef Algermissen** und der Vorsitzende des Katholikenrates Richard Pfeifer appellieren in einem offenen Brief im Namen der Katholiken des Bistums Fulda das Stammzellgesetz nicht weiter aufzuweichen. In dem Brief vom 30. Januar, der sich an Bundeskanzlerin Merkel, das Bundeskabinett und alle aus Hessen stammenden Bundestagsabgeordneten richtet, heißt es, die verbrauchende Forschung an embryonalen Stammzellen dürfe in keiner Weise zugelassen werden. »Wer das Leben in seinem Anfangsstadium preisgibt, tritt eine



Heinz Josef Algermissen

Lawine der Unmenschlichkeit los. Menschliches Leben – in welchem Stadium auch immer – ist unverfügbar und muss unantastbar bleiben.« Dies, so Algermissen und Pfeifer, sei die zentrale Forderung, die jede weitere Liberalisierung des Stammzellgesetzes grundsätzlich verbiete. Klare Worte, von denen es mehr in der öffentlichen Debatte bräuchte.

malo



»Die vor dem 1. Januar 2002 gewonnenen Stammzellen sind nicht gut genug, um an ihnen die anstehenden biologischen und medizinischen Fragen zu erforschen«, begründete der Stammzellforscher **Hans Schöler** in einem dpa-Interview seine Forderung nach eine Änderung des Stammzellgesetzes. Noch nicht einmal eine Woche später meldete die »Ärzte Zeitung«, dass Robert-Koch-Institut in Berlin habe die 25. Genehmigung für den Import menschlicher embryonaler Stammzellen erteilt; und zwar an das Max-Planck-Institut für molekulare Medizin in Münster, dessen Direktor Schöler ist. Hier scheint also jemand Forschungen zu betreiben, die mit Steuergeldern reichlich subventioniert, seiner Ansicht nach aber ineffizient sind. Im gleichen Interview beklagte sich Schöler übrigens über »ein abgrundtiefes Misstrauen« gegenüber Wissenschaftler. Woher das wohl kommt?



Hans Schöler

malo



Aus dem Netz gefischt

www.lebenshilfe.de

Kaum ein Thema wird so tabuisiert wie das der Behinderung. Ein positives Gegenbeispiel bietet die »Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.«. Unter www.lebenshilfe.de finden sich neben Informationen über die 1958 gegründete Selbsthilfevereinigung umfangreiche Hilfen und Tipps für betroffene Familien. So wird aufgezeigt, wie der Umgang mit einer geistigen Behinderung gelingen kann, welche Rechte behinderte Menschen haben und welche staatliche finanzielle Unterstützung es gibt. Daneben bietet die Internetseite für alle Interessenten vielfältiges Fachmaterial darunter Buchrezensionen, Fachartikel und Veranstaltungsberichte. Auch Angebote der Vereinigung wie Bücher, Zeitschriften und Weiterbildungen finden sich auf dem Internetportal. Unter dem Link »In leichter Sprache« können sich Menschen mit geistiger Behinderung selbst über die Themen »Wohnen«, »Freizeit« und »Mitreden« informieren.

Komplettiert wird das »barrierefreie«, für Menschen mit Behinderungen optimierte Portal durch einen bestellbaren Newsletter und abrufbare Pressemitteilungen. Die Bundesvereinigung Lebens-



hilfe möchte Menschen mit geistiger Behinderung »in ihrem Bestreben, gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilzunehmen« unterstützen. Diesem Anspruch fühlt sich auch die inhaltlich und optisch ansprechende Internetpräsenz verpflichtet. Ein Blick auf die Seite lohnt sich nicht nur für betroffene Familien. *mal*

»Deutschland. Das von morgen« (13)

Manche Dinge sind einfach zu ernst, um auch lustig sein zu können. Dann sind sie bloß makaber. Einen Tag bevor sich Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) im Parlament noch einmal vehement für eine Verschiebung des Stichtags im Stammzellgesetz ins Zeug legen sollte, meldete sich der Tierschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Jahr zu Wort und lobte, das Kabinett Merkel plane ein Gesetz vorzulegen, welches den »Handel mit Robbenerzeugnissen« untersagt. Mit dem Vorhaben leiste Deutschland »einen wichtigen Beitrag, um die grausame Robbenjagd, die jährlich stattfindet, einzustellen und den kommerziellen Handel einzudämmen«. Werde es dann noch möglich, »ein europäisches Import- und Handelsverbot für Robbenerzeug-

nisse umzusetzen, wäre das für den Tierschutz ein sehr schöner Erfolg«, so Jahn weiter. Beim Import von aus menschlichen Embryonen gewonnenen Stammzellen steuert das Kabinett Merkel einen entgegengesetzten Kurs. Weil die Forschung an embryonalen Stammzellen im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm gefördert wird (woran Deutschland nicht unschuldig ist), soll nach dem Willen der Kanzlerin und zahlreicher ihrer Minister der Stichtag im Stammzellgesetz um mehr als fünf Jahre verschoben werden. Dadurch bekämen die Forscher Zugriff auf rund 500 neue Stammzelllinien für die Schätzung zufolge mehr als 2000 menschliche Embryonen getötet wurden. Und was lernen wir daraus? Richtig: Auch im Deutschland von morgen sind Menschen keine Robben. *Stefan Rebder*

KURZ & BÜNDIG

Vier Punkte-Plan für Lebensschutz

Der CSU-Europaabgeordnete Bernd Posselt, Mitglied des CSU-Parteivorstandes und der EVP-Arbeitsgruppe »Bioethik« im Europäischen Parlament, hat den Deutschen Bundestag davor gewarnt, das deutsche Stammzellgesetz »und damit den Schutz ungeborener Menschen« aufzuweichen. Stattdessen schlug er einen »Vier-Punkte-Plan für den Lebensschutz« vor, den CDU und CSU entwickeln und für den sie Verbündete in anderen Fraktionen suchen sollten. Posselt fordert, das deutsche Stammzell-Gesetz mit seinem alten Stichtag mittels eines fünfjährigen Moratoriums unangetastet zu lassen. Die derzeit sehr erfolgreiche Forschung mit adulten, also von Erwachsenen gewonnenen Stammzellen könne bis dahin soweit sein, dass sich die »zutiefst unmoralische« Nutzung getöteter Embryonen erübrige. Weitere drei Punkte für ein Lebensschutz-Programm seien ein Verbot der künstlichen Befruchtung, solange dadurch so genannte »überzählige«, also zum Tode verurteilte Embryonen entstehen, ein Gesetz gegen Spätabtreibungen sowie eine staatlich geförderte Kampagne gegen Abtreibung an sich, denn »warum soll es möglich sein, das Bewusstsein gegen das Rauchen zu schärfen, aber nicht gegen den Skandal, dass in Deutschland jährlich die Einwohnerzahl einer Großstadt im Mutterleib getötet wird.« *reh*

Borchert übt Kritik an Uneinigkeit der EKD

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und frühere Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) von CDU und CSU Jochen Borchert hat sich »überrascht« vom Kurswechsel der EKD in der Frage der Forschung mit embryonalen Stammzellen gezeigt. Gegenüber der evangelischen Nachrichtenagentur idea sagte Borchert, der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Wolfgang Huber, habe noch 2002 davor gewarnt, die Einführung eines Stichtags für den Import embryonaler Stammzellen könne Teil einer »Salami-Taktik« sein, um den Lebensschutz aufzulockern. Nun sei es Huber selbst, der einer Verschiebung des Stichtags vom 1. Januar 2002 auf den 1. Mai 2007 das Wort rede. Während die katholische Kirche ihre Position bewahrt habe, trete die EKD inzwischen nicht mehr einheitlich auf. Zu den evangelischen Gegnern einer Stichtagsverschiebung zählen die Landesbischöfe von Bayern, Württemberg und Braunschweig, Johannes Friedrich (München), Frank Otfried July (Stuttgart) und Friedrich Weber (Wolfenbüttel), sowie der Vorsitzende der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung, Prof. Wilfried Härle (Heidelberg). Borchert, der von 1993 bis 1998 Bundeslandwirtschaftsminister war, hatte sich 2002 gegen den Import embryonaler Stammzellen ausgesprochen. *reh*